

Mehr Schutz für Kinder gefordert

Landtag diskutiert über sexuellen Mißbrauch und Opferschutz / Anträge

mpf. MAINZ (Eig. Bericht) - Kinder sollen in Rheinland-Pfalz besser vor sexuellem Mißbrauch geschützt werden - und, wenn

„Kindesmißhandlungen und sexueller Mißbrauch registrieren Strafverfolgungsbehörden heute überwiegend in Räumen und Beziehungen, auf die das Kind in seinem Bedürfnis nach Geborgenheit angewiesen ist.“ Dies stellte Jugendministerin Rose Götte (SPD) in einer parlamentarischen Aussprache über Verbesserungen im Kinderschutz fest. Gefahr drohe weniger von Fremden als in der Familie, stimmte ihr die FDP-Abgeordnete Ingrid Pahler zu.

Ob solcher Mißbrauch aber vermieden werden könne, indem die „männerdominierte

„Gesellschaft“ verändert wird, wie es die Abgeordnete der Grünen, Gisela Bill, fordert, wird von den anderen Fraktionen bezweifelt.

Folglich legen SPD und FDP in einem vom Landtag verabschiedeten Antrag vor allem Wert darauf, das Thema „sexuelle Gewalt“ stärker als bislang in den Schulen zu behandeln. In den Kinderbetreuungseinrichtungen soll das Personal fortgebildet werden. Außerdem fordern SPD und FDP in ihren Antrag eine landesweite Erhebung von Kinderärzten, Psychotherapeuten

es dann doch passiert ist, als Opferzeugen im Strafprozeß. Entsprechende Anträge verabschiedete der Landtag.

und Psychologen, die ausreichend qualifiziert sind, sexuell mißbrauchte Kinder und Jugendliche zu behandeln.

Die Forderungen nach verbessertem Schutz und Betreuung kindlicher Opferzeugen ist eine der Lehren, die die Fraktionen aus den sogenannten „Worms-Prozessen“ gezogen haben. Während die rechtliche Anwendung der Video-Vernehmung noch in einem bundesgesetzlichen Verfahren schmort, soll die Landesregierung in eigener Zuständigkeit Richter, Staatsanwälte und Kinderschützer für den Um-

gang mit Kindern schulen.

„Mißbrauch mit dem Mißbrauch“ warf Bill der CDU-Abgeordneten Ute Gräbner vor, die im Zusammenhang mit dem Wormser Prozessen die Organisation Wildwasser der Unfähigkeit, bezichtigte. Es dürfe nicht dazu kommen, daß Menschen wegschauen, weil sie Angst davor haben, sich Ärger aufzuladen, sagte der SPD-Abgeordnete Hartloff.

Verbesserungen fordern SPD und FDP aber nicht nur im Opferschutz, sondern auch bei der Therapie der Täter und der Einschaltung von Gutachtern.

VZ 18.07.97